**Postulat betreffend solidarische Städte in der Asylpolitik**

Fraktion Grüne/ JG, SP, EVP

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Punkte zu prüfen:

1. Wie sich die Stadt über geeignete Gremien (beispielsweise Schweizerischer Städteverband, Städteinitiative Sozialpolitik, direkte Gespräche etc.) beim Bund dafür einsetzen kann, dass dieser – nebst den mittels Kontingenten zugewiesenen Menschen ­– eine zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten (aus Camps der griechischen Inseln, von der Seenotrettung im Mittelmeer oder über das UNHCR Resettlement-Programm) anstrebt.
2. Über welche Plattformen und Medien die in Punkt 1 genannte Forderung – wie auch das Angebot zur Unterstützung in der Umsetzung – öffentlichkeitswirksam kommuniziert werden kann, um weitere Bürger\*innen für die Notwendigkeit zeitnaher Handlungen zu sensibilisieren.
3. Wie sich Thun als „solidarische Stadt“ positionieren und engagieren kann (z.B. analog Luzern[[1]](#footnote-1)). Das Ziel dabei ist eine positive, offene Haltung auszustrahlen gegenüber vereinfachten Aufnahmeverfahren und allfälligen Direktaufnahmen von Asylsuchenden, wie sie von diversen Städten gewünscht werden.

Begründung:

Der Umgang europäischer Regierungen und der EU mit der verhältnismässig geringen Zahl von Zuflucht suchenden Menschen ist beschämend und verletzt die menschenrechtlichen Grundwerte. Dies zeigt sich einerseits an den unhaltbaren Zuständen in den Lagern der Griechischen Inseln, an der Situation auf dem zentralen Mittelmeer sowie an anderen europäischen Aussengrenzen. Die Schweiz als Mitunterzeichnerin des Dubliner Assoziierungsabkommens ist mitverantwortlich für diese Zustände.

Nach der Öffnung der türkisch-griechischen Grenze für Flüchtlinge ist die Lage insbesondere auf den griechischen Inseln Lesbos und Samos besorgniserregend. Bis zu 80’000 Menschen sind auf dem Weg an die EU-Aussengrenze in Griechenland. Der griechische Staat ist nicht fähig, diese Anzahl Flüchtlinge angemessen zu betreuen und die Asylgesuche in sinnvoller Zeit zu bewältigen. Diese Situation ist höchst problematisch. Nun müssen alle europäischen Staaten ihre Verantwortung übernehmen. Aufgrund ihrer geographischen Lage im Herzen Europas ist die Schweiz nicht gleichermassen mit Asylgesuchen konfrontiert wie die Länder an den Aussengrenzen und profitiert deshalb in hohem Masse vom Dublin-System.

Die Auslastung der Schweizerischen Strukturen im Asylbereich ist aktuell gering und nach Aussage des Amtes für Bevölkerungsdienste des Kantons Bern können die grossen Kapazitäten kantonal innert kürzester Zeit verdoppelt werden.

In vielerlei Hinsicht ist die Not derzeit gross und die Gefahr akut, dass Menschen in Lagern oder auch Seenot sterben gelassen werden, obschon mit konsequenten – wahrscheinlich lebensrettenden – Entscheiden die Schweiz dem zusätzlichen Leid von besonders schutzbedürftigen Personen entgegenwirken könnte.

Es ist bekannt, dass Gemeinden bei der aktuell geltenden Gesetzesgrundlage keine Möglichkeit haben, direkt Flüchtlinge aufzunehmen. Dass dieses Vorhaben aber grundsätzlich nicht unmöglich und die Idee völlig legitim ist, beweisen Städte in diversen (umliegenden) Ländern wie z.B. Valencia, Barcelona, Madrid, Paris und über 150 deutsche Kommunen[[2]](#footnote-2), welche bereits Erfahrung haben mit Direktaufnahmen (Spanien) oder gewillt sind mehr Flüchtlinge aufzunehmen als sie über Kontingente "müssten".

Auch in der Schweiz sind mit Zürich, Basel, Luzern, Lausanne und Bern schon einige Städte aktiv geworden und haben sich in Gesprächen mit Bund/ Kantonen und/ oder im Rahmen der Initiative Solidarity Cities1 motiviert gezeigt, zusätzliches und freiwilliges Engagement im Asylbereich anzubieten.

Im Mai 2019 hat der Bundesrat versprochen, “zusätzliche legale Zugangswege” für Geflüchtete zu schaffen, an welchen sich die Städte, NGOs, Freiwillige und Sponsoren beteiligen können[[3]](#footnote-3). Um diesen Prozess zu beschleunigen, braucht es ein starkes Signal von kommunalen Exekutiven.

Gemeinden und Kantone können sich auf verschiedenen Ebenen einsetzen, damit die gesetzlichen Grundlagen für die versprochenen, legalen Zugangswege zeitnah erarbeitet werden und so gewillte Städte, wie auch die Zivilgesellschaft, sich an humanitären Aufnahmeaktionen beteiligen dürfen.

Es ist höchste Zeit, dass sich Regierungen konsequent mutig und menschlich zeigen.

Unter Berücksichtigung der aktuellen Umstände hoffen breite Teile der Schweizer Bevölkerung auf rasches Handeln der – auch lokalen – Politik, um der auf Bundesebene blockierten Situation endlich neu zu begegnen.

Solidarität soll sich nicht nur innerhalb der Landesgrenzen zeigen, sondern auch die wirklich "schwächsten" und bedrohtesten Menschen erreichen und schützen.

Thun, 11. Juni 2020

Dringlichkeit:

wird verlangt  ja nein

1. www.solidaritycities.eu [↑](#footnote-ref-1)
2. www.[Seebrücke.org](http://xn--seebrcke-b6a.org/) [↑](#footnote-ref-2)
3. <https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/asyl/resettlement/umsetzungskonzept-resettlement-d.pdf> [↑](#footnote-ref-3)